

Wann kommt die Viertageweche?

Eine trostlose Debatte um eine trostlose Forderung

„Die 4-Tage-Woche wird derzeit weltweit diskutiert, in vielen Staaten wird experimentiert: Beschäftigte arbeiten motivierter, produktiver und gesünder – und können Arbeit und Leben besser vereinbaren, Stichwort ‚Work-Life-Balance‘. Betriebe werden durch die 4-Tage-Woche attraktiver für Fachkräfte – und können damit in Krisen Arbeitsplätze sichern. Und schließlich ist die 4-Tage-Woche auch gut fürs Klima, spart Arbeitswege und Energie. Wann kommt die 4-Tage-Woche endlich auch in Deutschland?“

fragt – die IG Metall! Natürlich nicht, um das einfach abzuwarten, sondern um ihre für die Tarifrunde am Jahresende geplante Forderung nach einer 32-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu rechtfertigen. Ihre Argumente fügen sich nahtlos ein in eine nicht zuletzt durch ihre Forderung befeuerte Debatte zwischen Feuilleton und Wirtschaftsteil, in der Befürworter und Gegner der Viertageweche nüchtern betrachtet nichts als lauter Einwände gegen die Produktionsweise liefern.

I. Die Viertageweche in der öffentlichen Debatte

Ursula Weidenfeldt greift für ihre Polemik „Das Märchen von der Viertageweche“ (DER SPIEGEL, 12.4.23) auf Keynes zurück, der sich vor Urzeiten einmal den Widerspruch geleistet hat, beim Blick auf die Ökonomie für einen Moment ganz vom kapitalistischen Zweck allen Produzierten zu abstrahieren.

„Der berühmte Ökonom John Maynard Keynes meinte vor nicht ganz 100 Jahren, dass die Menschheit im Jahr 2030 vermutlich mit 15 Wochenstunden Arbeit auskommen werde. Der Produktivitätszuwachs werde so hoch sein, dass man nach zwei Arbeitstagen genug erledigt habe, um ein schönes Leben zu führen. Viel Zeit bleibt nicht mehr, denkt sich offenbar die Industriegewerkschaft Metall – und fordert für die kommende Stahl-Tarifrunde die Viertageweche.“

Der Umstand, dass der immense technische Fortschritt – immerhin die Reduktion des Arbeitsaufwands je hergestelltem Gebrauchswert – überhaupt nicht zu einer entsprechenden Reduktion der Arbeitszeit geführt hat, spricht also nur für eines, nämlich gegen alle, die meinen, weniger Arbeit wäre doch drin. Da blamiert sich nicht die Ökonomie, da macht sich die Gewerkschaft so lächerlich wie die Prognose des alten Ökonomen. Das setzt schon einmal den rechten Ton für die nachfolgende Auseinandersetzung mit den Argumenten der Träumer:

„Studien über die angeblich erfreulichen Wirkungen einer rigoros verkürzten Wochenarbeitszeit werden gerne zitiert. Britische Wissenschaftler ließen 60 Firmen mit 2 900 Mitarbeitern einen Arbeitstag pro Woche aus dem Kalender streichen. In Island wurde in einem Feldversuch in einigen Unternehmen die Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden reduziert, bei vollem Lohnausgleich. Das Ergebnis war in beiden Studien ähnlich: Die Beschäftigten fühlten sich offenbar wohler, arbeiteten motivierter und konzentrierter, waren weniger gestresst, seltener krank. Manche hatten weniger Ärger zu Hause, andere machten mehr Sport. Umsatz und Produktivität stiegen. Die meisten beteiligten Unternehmen wollen das Experiment nach der sechsmonatigen Laufzeit fortsetzen.“

Die für sich wenig rätselhaften positiven Wirkungen verkürzter Wochenarbeitszeit auf die Beschäftigten werden nur daran gemessen, wie sie sich auf die Bilanzen der Unternehmen auswirken, die allein darüber entscheiden, ob weniger gearbeitet wird oder nicht. Dass die Unternehmen in diesem Fall sogar bereit sind, dauerhaft so weiterarbeiten zu lassen, ist für die Frau vom SPIEGEL aber nur die Steilvorlage, sich von diesen „angeblich erfreulichen Wirkungen“ demonstrativ unbeeindruckt zu zeigen:

„Wäre es also richtig, die Wochenarbeitszeit generell zu kürzen, wie es die IG Metall jetzt für

die Stahlarbeiter will? Da tun sich grundsätzliche Fragen auf. Eine Arbeitszeitverkürzung um drei Stunden entspricht bei einer 35-Stunden-Woche einer Lohnerhöhung von etwas mehr als 8,5 Prozent. Das liegt zwar ungefähr in der Bandbreite der Abschlüsse, die in diesem Jahr gemacht werden, allerdings in der Regel für zwei Jahre. Würde also eine reine Arbeitszeitrunde verhandelt, wäre die 32-Stunden-Woche nur bei einem längeren Lohnverzicht bezahlbar.“

„Grundsätzliche Fragen“ tun sich dann doch nicht auf, stattdessen eine schlichte Feststellung: Die IG Metall hat ihre Forderung mit Lohnverzicht zu finanzieren! Denn vom Standpunkt des privaten Bereicherungsinteresses betrachtet, dem jede seriöse Betriebsrechnung folgt, fällt die beantragte Arbeitszeitverkürzung unter die Rubrik Kosten für den Faktor Arbeit und damit unter das Wohnheitsrecht der Unternehmen auf Tarifierpassungen nur im Rahmen des für den Betrieb Verträglichen. Der Rest ist Mathematik, alles andere Teil der Märchengeschichte:

„In den Studien zur Viertageweche wird vorgeschlagen, unproduktive Zeiten aus der Wochenarbeitszeit herauszupressen und diese in Freizeit umzuwandeln. Also weniger Meetings, kürzere Konferenzen, keine Störungen konzentrierter Arbeitsphasen mehr. So bezahle sich die Sache quasi von selbst. Doch wie viele Meetings und Konferenzen hat der Stahlarbeiter?“

Von der schönen Vorstellung, das entscheidende Verhältnis zwischen Lohnkosten und dem Überschuss, den die Arbeit produziert, intakt zu lassen, lässt die Kritikerin sich nicht blenden. Die Idee, es gäbe da bei den Stahlarbeitern noch viel „herauszupressen“, hält sie für ziemlich abwegig. Und selbst wenn es so wäre:

„Einer Branche, die gerade mit Milliardenzuschüssen zukunftsfähig gemacht werden soll, würde man lieber einen anderen Vorschlag machen. Wie wäre es, mehr Stahl zu kochen, bessere Betriebsergebnisse zu erzielen und damit weniger Subventionen zu beanspruchen? Das Ziel sollte doch sein, die unproduktiven Phasen in produktive umzuwandeln. Oder will man behaupten, es gebe ein implizites Recht auf Zeitvergeudung am Arbeitsplatz, das auch in einen Freizeitananspruch umgewandelt werden könne?“

Wenn die Studienautoren schon von der Existenz unproduktiver Phasen ausgehen, müssen sie sich daran erinnern lassen, dass die keine Ansprüche der Arbeiter, sondern Ansprüche der Unternehmen an die Arbeit begründen: Letztere haben ein explizites Recht darauf, dass alle Arbeitszeit im Betrieb ihnen dient; wofür werden die Leute schließlich bezahlt? Verpflichtet sind die Stahlmultis nur zu einem, dazu aber unbedingt: Sie haben mit der optimalen, also möglichst intensiven Inanspruchnahme der Arbeit ihrer Belegschaft Erfolge einzufahren. Die schulden sie dem Gemeinwesen, dessen Staat ihren Erfolg per Subventionen zu seiner Sache gemacht hat; und obendrein ist der sowieso das Gebot einer guten Betriebsführung, die mit Arbeitszeitverkürzungen einfach nicht zusammenpasst:

„In der britischen Studie setzten sich die Chefs der – meist kleineren – Betriebe mit ihren Mitarbeitern zusammen. Gemeinsam identifizierte man Produktivitätsbremsen, suchte nach Wegen, besser zu arbeiten. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich die Unternehmen mit denselben Verbesserungen ohne Arbeitszeitverkürzung entwickelt hätten.“

Auch der Wirtschaftsweise a.D. Bert Rürup attestiert seinem berühmten britischen Vorgänger mit der 15-Stunden-Prognose in seiner Zurückweisung „Eine Vier-Tage-Woche ist populär, aber unrealistisch“ (Handelsblatt, 19.5.23) einen „gewaltigen Irrtum“. Dabei folgt sein Aufsatz einer These, die sich mit der Gleichung von gesteigerter Produktivität und verringerter Arbeitsmühe gar nicht erst befasst: „Weniger Arbeit für gleichen

VORTRAG & DISKUSSION

Der Ukraine-Krieg: Blutiges Lehrstück über den Segen staatlicher Souveränität und menschlicher Moral

Referent: ein Redakteur des GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt: Donnerstag, 25. Januar 2024, 19 Uhr
DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof
Veranstalter: farbeROTT

Marburg: Dienstag, 23. Januar 2024, 19 Uhr
neues Seminargebäude, Raum 305, Pilgrimstein 12
Veranstalter: Gruppe GegenSatz

Seit über anderthalb Jahren tobt in der Ukraine ein Krieg: staatliche russische gegen ukrainische Gewalt in bekannt gigantischem Ausmaß. Deutsche Außenpolitikerinnen haben diesen Krieg – von dem sie permanent erklären, dass er wegen eines Mangels an deutschem Waffennachschub keinesfalls enden darf und wird – ihrem Volk vom ersten Tag an als moralische Sache vorgelegt: Russland ist schuld an der schlimmen Gewalt, die Ukraine hat alles Recht, sich zu verteidigen, also mit mindestens demselben Maß an Gewalt zu antworten.

Argumente dafür gibt es allerhand. Die zielen alle darauf, dass der Mensch sich gleich in Form der gewünschten Antwort die Frage vorlegt, wer von den beiden in Kiew und Moskau residierenden Kriegsherren darf, was er tut, und wer nicht. Im Ernst soll man als der Wicht, der man bloß ist, sich in die Pose des Richters über die Gewalt von Staaten begeben, die weit jenseits dessen liegt, woran man als Individuum praktisch mit seinem Urteil überhaupt heranreicht. Obwohl die längst und immer weiter stattfindende Gewalt belegt, dass sich deren staatliche Kommandeure vom eigenen Urteil darüber, ob man sie selbst erlaubt hätte, wenn sie einen nur vorher gefragt hätten, genauso wenig abhängig machen, wie von der „Verurteilung“, also dem ideellen Verbot, das man ihnen noch nicht einmal förmlich zustellen kann.

Auf die ganz verkehrte Frage, ob Staaten ihre Kriege erlaubter- oder unerlaubterweise gegeneinander führen, gibt es darum auch in diesem Fall ausschließlich verkehrte Antworten. Die bestehen stets in dem Fehler, ausgerechnet die politisch begründete Gewalt von Staaten mit den Maßstäben menschlicher Moralvorstellungen und Empfindungen zu beurteilen, obwohl Menschen nichts als die Manövriermasse und das Verschleißmaterial der kriegführenden Höchsten Gewalten sind.

Lohn? Das erfordert riesige Produktivitätsschübe. Die aber sind in weiten Teilen der Wirtschaft überhaupt nicht erreichbar.“ Wo für Lohn gearbeitet wird, ist die Verringerung der Arbeitsmühe ohne materielle Einbußen der Arbeitenden ein Angriff auf den Zweck des Wirtschaftens. Denn an der Arbeitsproduktivität ist allein entscheidend, was sie dem Unternehmen an Erträgen im Verhältnis zu den Lohnkosten einbringt. Und dazu kann Rürup in all seiner Wirtschaftsweisheit eines ganz sicher sagen: So viel mehr kann die Wirtschaft aus den Beschäftigten überhaupt nicht ausschlagen, dass sie im Gegenzug ein paar Stunden auf sie verzichten könnte. Also Pech für die Arbeiter? Vielleicht aber ist das ja sogar ihr Glück. Denn fest steht ja nach Rürup, dass selbst wenn die Wirtschaft zu den erforderlichen „riesigen Produktivitätsschüben“ imstande wäre, die Arbeiter davon am Ende nur Nachteile hätten. „Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich“ ist nämlich ein wahrer „Wohltandskiller“! Das führt Rürup anhand eines Kurzdurchgangs durch die Nachkriegsgeschichte vor:

„Mitte der 1980er-Jahre setzte die IG Metall dann den Einstieg in die 35-Stunden-Woche durch, die aber flächendeckend erst 1995 in dieser Branche umgesetzt wurde. Die Folgen waren beachtlich. Der mit dem Tarifabschluss verbundene Arbeitskostenschub löste eine gewaltige Rationalisierungswelle aus – Maschinen ersetzten wo immer

möglich Menschen, Arbeitsplätze wurden in Niedriglohnländer verlagert, was durch den Fall des Eisernen Vorhangs viel einfacher geworden war.“

So rückt Rürup gerade, welche Rolle der „technische Fortschritt“, mit dem Keynes seine Prognose begründet hat, in der besten aller Wirtschaftsweisen wirklich spielt. Er ist das Mittel des Erfolgs derer, die den Arbeitsprozess einrichten, beständig umgestalten und denen selbstverständlich alle Erträge der Arbeitsproduktivität zufallen. Wenn ihnen die Gewerkschaft kämpferisch Lohnkostensteigerungen abringt, haben sie im technischen Fortschritt ihr Mittel, damit souverän umzugehen: Im Zweifel machen sie aus ihrem permanenten Bemühen um „Rationalisierung“, also darum, mittels Investitionen in effizientere Produktionsmittel bezahlte Arbeit überflüssig zu machen, einfach eine „Welle“ – also auf einen Schlag massenhaft durch Maschinen ersetzte Arbeitskräfte einkommenslos. Oder sie machen den Laden im Inland gleich dicht und wandern dem Niedriglohn hinterher.

Im Anschluss macht der Ökonom sich die Mühe, zu ergründen, ob „weniger Arbeit für gleichen Lohn“ stattdessen auch mit weniger destruktiven Folgen zu haben wäre. Antwort: Nein!

„Der von Esken [am 1. Mai 2023] ins Spiel gebrachte Übergang zur Vier-Tage-Woche mit ▶

► vollem Lohnausgleich würde zur Kompensation des damit verbundenen Arbeitskostenschubs Produktivitätssteigerungen von 25 Prozent erfordern. Im verarbeitenden Gewerbe sind solche Produktivitätssteigerungen über einen Zeitraum von zehn Jahren denkbar, wenn man an die nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Digitalisierung denkt. So stieg etwa in den USA die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde von 1999 bis zum Ausbruch der Finanzkrise 2007 im Schnitt um 2,3 Prozent pro Jahr. Dieser theoretischen Möglichkeit steht der empirische Befund gegenüber, dass das Produktivitätswachstum in den meisten entwickelten Industrieländern in den vergangenen Dekaden niedrig war.“

Die Produktivität wird gemessen, wie sie praktisch zählt: als „Wirtschaftsleistung je Arbeitsstunde“, die sich in den Bilanzen der Unternehmen niederschlägt. Und auf dieser Grundlage bekommt man nüchtern vorgerechnet: In ihrer kapitalistischen Mission ist die Produktivität der Arbeit, die die Unternehmen eben noch so folgenreich zur Rettung ihrer Kapitalproduktivität vor dem Arbeitskostenschub durch die 35-Stunden-Woche eingesetzt haben, mit der Aufgabe, einen sozialen Fortschritt zu kompensieren, heillos überfordert. Die „theoretische Möglichkeit“ besteht zwar, aber die Empirie versagt daran nun einmal. Das zu missachten, so viel ist klar, würde schon wieder den Wohlstand der Arbeitnehmer treffen:

„In weiten Teilen des Dienstleistungssektors, etwa im Pflege- und Gesundheitsbereich, in der Gastronomie oder im Einzelhandel, sind hohe Produktivitätssteigerungen ohnehin unrealistisch. Somit bedeutete eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich dort einen kräftigen Anstieg der Arbeitskosten – was unweigerlich zu kräftigen Preiserhöhungen führen würde.“

Dies ist die nächste Fassung, in der die Unternehmen sich im Falle steigender Arbeitskosten nach Kräften mindestens schadlos halten, das nächste Sachgesetz, das schon wieder gar nicht gegen die Ökonomie sprechen soll, in der es gilt,

sondern nur gegen die Gewerkschaften und alle, die das nicht vollumfänglich akzeptieren.

Die arbeitnehmerfreundlicher eingestellte Süddeutsche Zeitung zitiert in ihrer Überschrift zum Thema einen Handwerker: „Es gibt nichts Besseres als die Viertagewoche.“ (SZ, 19.5.23) So weltfremd, den Nutzen der Arbeitnehmer zum Argument zu erklären, ist sie allerdings nicht. Die Frage „Wie soll weniger Arbeit fürs gleiche Geld funktionieren?“ führt wieder schnurstracks auf die andere Seite des Beschäftigungsverhältnisses:

„Marco Hinderks und seine 30 Kollegen arbeiteten zuvor 38,5 Stunden. Ohne Überstundenzuschläge, obwohl der Tarifvertrag der IG Metall nur 36 Stunden vorsieht. Als sich Widerstand regte, schlug der Betriebsrat vor, künftig 36 Stunden an vier Tagen zu arbeiten. Der Chef war anfangs nicht begeistert. Heute werkeln die Handwerker in zwei Teams. Die einen haben montags frei, die anderen freitags. So ist die Firma jetzt fünf volle Tage für die Kunden da. Alle sind zufrieden, berichtet zumindest der Betriebsrat Benjamin Ackermann. Die Kunden erreichen die Handwerker länger und zahlen seltener Notfallaufschlag. Der Chef registrierte bessere Stimmung bei trotzdem guter Auftragslage. Und die Mitarbeiter seien ausgeglichener und dadurch motivierter. Sie verdienen allerdings bei 36 Stunden weniger als vorher bei 38,5. Und das ist ein interessanter Punkt. Die Studien zeigen, dass die meisten Beschäftigten nur kürzer arbeiten möchten, wenn sie genauso viel verdienen.“

Zunächst einmal zeigt dieses alle Seiten zufriedenstellende Musterbeispiel entgegen der Ausgangsfrage zwar, wie weniger Arbeit für weniger Geld „funktioniert“. Aber gerade das findet die SZ „interessant“, wo doch die meisten Beschäftigten auf Nachfrage angeben, es eigentlich nur für das gleiche Geld tun zu wollen. Wenn diese subjektive Vorliebe schon empirisch so gut als Wunsch der Mehrheit belegt ist, dann fragt sie wohlwollend nach, ob er sich nicht doch irgendwie vor dem betrieblichen Zweck rechtfertigen lässt, der ihm entgegensteht.

Die SZ lässt Befürworter der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich zu Wort kommen, die beteuern, dass Menschen, die kürzer arbeiten, „produktiver“ sind, außerdem „motivierter und gesünder, sie fallen weniger aus“; beides würde „den Firmen Einnahmen verschaffen, aus denen sie mehr Lohn zahlen könnten“. Gegner wenden andererseits ein, dass Gesundheitsverschleiß und Leistungskraft längst optimiert sind: „Gesünder und leistungsstärker würden Arbeitnehmer durch eine 32-Stunden-Woche nur, wenn sie vorher horrend lang gearbeitet hätten – und nicht nur 38 Stunden, oder 40.“ Auch nicht von der Hand zu weisen. Die SZ selbst positioniert sich mit dem salomonischen Urteil in der Mitte, es ließe sich „zumindest ein Teil-Lohnausgleich für jene erwirtschaften, die kürzer arbeiten möchten“.

Insgesamt haben diese Beschäftigten aktuell mit ihrem Wunsch nach weniger Arbeit das Glück einer Sondersituation: „Sie setzen das leichter durch, weil die Alterung einer kinderarmen Nation das Personal raubt und die Firmen ihren Leuten mehr zugestehen.“ Normal wäre ja eigentlich, dass die Firmen in den Einwohnern der Nation ihre stets passende Ressource haben, die Arbeitskraft mindestens in dem Umfang, der Ausstattung und zu den Konditionen liefert, wie sie sie für ihren immerwährenden Wachstumsbedarf brauchen. Deswegen ist ein „Fachkräftemangel“ – und das werden gerade die entschiedenen Arbeitnehmerfreunde nicht müde zu betonen – auch nicht einfach die gute Nachricht einer für Arbeitnehmer ausnutzbaren Lage, sondern ein gemeinsames Problem, und das Anliegen, weniger zu arbeiten, recht besehen ein Beitrag zu dessen Lösung:

„Mit kürzeren Arbeitszeiten gewinnt man mehr Fachkräfte. Viele Menschen sind unfreiwillig in Teilzeit tätig, etwa Mütter. Sie würden gerne länger arbeiten. Für sie kämen vielleicht 32 Stunden in Frage, aber nicht 40. Schon wegen der Kitazeiten. So erstaunlich das in manchen Ohren klingen mag: Eine Viertagewoche kann beitragen, den Fachkräftemangel zu lindern.“

Zu einer ausgewogenen Betrachtung gehört

natürlich die kongeniale Gegenposition, dass mit der Arbeitszeitreduzierung nicht mehr, sondern weniger Arbeit aus der Gesamtbevölkerung herausgeschlagen und somit der Fachkräftemangel „verschärft“ werde. Inklusiv Aufklärung in der Frage, wer damit welches Problem hätte:

„Wenn Busverbindungen, Pflegeheime oder Supermärkte einfach einen Tag weniger zur Verfügung stehen, ist das ein Verlust an Service. An Wirtschaftsleistung. Und damit an Einkommen.“

Die interessierte Verwechslung von Arbeits- und Öffnungszeiten belegt: Unter der Viertagewoche leidet einfach alles, worauf es ankommt.

Das hätten die Vertreter der Wirtschaft überrigens gleich sagen können. Gesamtmetallchef Wolf beklagt in der BamS vom 8.10.23

„eine zunehmende Abkehr vom Leistungsprinzip in Deutschland. Schon mit dem Begriff ‚Work-Life-Balance‘ habe er ein Problem, sagte der Gesamtmetall-Chef. ‚Er sagt aus, Work ist schlecht, Life ist gut. Dabei sind Leben und Arbeit doch keine Gegensätze.‘ Das Thema Leistung und Arbeit müsse wieder positiv dargestellt werden, nicht nur von Arbeitgebern und Verbänden, vor allem in den Familien und an den Schulen.“

Warum macht man es sich in Deutschland nur immer so schwer? Man muss die Leute einfach länger arbeiten lassen und ihnen von klein auf und oft genug erklären, dass das gut so ist.

II. Die Viertagewoche in der Tarifrunde der Stahlindustrie

Dieses Kapitel ist im GEGENSTANDPUNKT 4-23 und unter gegenstandpunkt.com/artikel/wann-kommt-viertagewoche nachzulesen.



farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Kriegsbedarf in Osteuropa und im Nahen Osten, „Chaos“ in Washington

Eine neue Episode im Kampf zwischen „global leadership“ und „America first!“

Schon wieder was, was es in Washington noch nie gegeben hat. Diesmal wird der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, auf Betreiben von einigen Hardlinern aus der eigenen Partei seines Postens enthoben. Der hatte sich dann doch nicht getraut, die angekündigte Totalopposition gegen den Haushalt der Biden-Regierung bis zur letzten Konsequenz durchzuziehen. Mit seinem Vorschlag einer kurzfristigen Anhebung der staatlichen Schuldengrenze ist er vor einem „government shutdown“ zurückgeschreckt, der die Schließung von etlichen Bundesbehörden, die Aussetzung von diversen Zahlungspflichten des Zentralstaats gegenüber seinen Beamten und eventuell eine Herabstufung der Bonität amerikanischer Staatsschulden nach sich gezogen hätte. Damit hat er sich in den Augen besagter Hardliner als bloß ein weiteres Geschöpf des parteiübergreifenden Sumpfes entlarvt, den gute Republikaner doch konsequent trockenlegen hätten. Aus dem Misstrauensantrag des sog. „hardcore Trumpisten“ Matt Gaetz gegen McCarthy resultiert dessen Abwahl; danach folgen vier Wochen, in denen das Repräsentantenhaus „zur Untätigkeit verdammt“ ist, bis die Republikaner sich auf einen Ersatz einigen können – nach allgemeiner Auffassung ein weiterer trauriger Höhepunkt der dysfunktionalen Zwietsch, an der die amerikanische Politik schon seit mehr als einem Jahrzehnt leidet.

„Künstliche Intelligenz“ – die neue Wunderwaffe in der Konkurrenz um Weltmarkt und Weltmacht

„Künstliche Intelligenz“ ist ein Dauerthema, in den Medien ebenso wie in politischen Empfehlungen zur Stärkung der nationalen Konkurrenzfähigkeit. Immer neue Förderprogramme werden aufgelegt, neue Anwendungen werden popularisiert, Visionen ausgemalt, Bedenken geschürt und wieder besänftigt. Der US-Außenminister spricht gleich für den Hauptkonkurrenten China mit, wenn er klarstellt, dass die „führenden Mächte der Welt“ in KI-Technologien investieren müssen, „die alles in unserem Leben prägen könnten, von der Energiegewinnung über die Art und Weise, wie wir unsere Arbeit erledigen, bis hin zur Austragung von Kriegen“. Deutsche Politiker mahnen an, dass Europa auf diesem Feld so etwas wie seinerzeit die Airbus-Initiative brauche, um nicht abgehängt zu werden. Militärvertreter und Rüstungsindustrie kommen ins Schwärmen über den KI-Einsatz im Wettlauf um überlegene Waffentechnik. Neben Wohltaten für Geschäft und Gewalt soll dieses Wunderding dann auch noch „unser Wissen erweitern“, „unseren Wohlstand steigern“ und die „menschliche Erfahrung bereichern“. Was sind das für Maschinen und Techniken, von denen das Schicksal der Nationen abhängt, weil sie die intelligenten Leistungen des menschlichen Kopfes ersetzen und übertreffen sollen?

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

4-23

„Al-Aqsa-Flut“ und Gaza-Krieg:
Hamas gegen Israel

Haushaltsstreit in den USA:
„Global leadership“ vs. „America first!“

Ukraine und Gaza
Populäre Meinungsbildung über
die Kriege des Jahres 2023

Die Konkurrenz der Kapitalisten, Kapitel V
Die letzte Wachstumsgarantie:
Imperialistische Erfolge der Nation

„Künstliche Intelligenz“ –
die neue Wunderwaffe in der Konkurrenz
um Weltmarkt und Weltmacht

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger
GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel
GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Preis: 15 €

Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com

Ukraine, Gaza – die Kriege des Jahres 2023

Blutige Lektionen über den Segen staatlicher Souveränität – und über die bodenlose populäre Meinungsbildung darüber

Im Krieg wird die Moralität der bürgerlichen Gesellschaft auf den Kopf gestellt: Was der Mensch im Frieden keinesfalls darf, andere Menschen umbringen, wird ihm nun befohlen; das Recht auf Leben, sein Schutz ein Höchstwert der Verfassung, weicht der Pflicht, es für den Staat hinzugeben. Die Umwertung der Werte macht den Krieg zur ultimativen moralischen Herausforderung. Er provoziert – ausgerechnet – das Bedürfnis nach Rechtfertigung. Bedeutende und weniger bedeutende Inhaber einer Meinung beantworten allen Ernstes die Frage, *ob die große Schlächtereier* – für welche Kriegspartei und unter welchen Gesichtspunkten – *in Ordnung geht*. Nicht erst die unbedingte Parteilichkeit, mit der im NATO-Westen Schuld und Unschuld an den aktuellen Kriegen, Recht und Unrecht zum Bombardieren verteilt werden, schon die Frage, *ob die das dürfen bzw. welche Kriegspartei was darf*, die manche ja auch abweichend beantworten, ist ein einziger Fehler.

Die kriegführenden Seiten dürfen das nämlich; richtiger, „dürfen“ ist die falsche Messlatte zur Beurteilung des Handelns höchster Gewalten: Die kennen kein höheres Recht über sich und demonstrieren genau das deutlich genug, wenn sie untereinander kriegerisch auskämpfen, welche Seite sich gegenüber der anderen was herausnehmen darf und welche Seite sich was gefallen lassen muss. Wenn sie nach dem Krieg bei geklärten Über- und Unterordnungsverhältnissen einen Frieden aushandeln, auch dann halten sie sich an kein Recht, sondern setzen neues. Die eingebildete Richterrolle, die jedermann und jede Frau einnehmen darf und soll, und die Urteile mit guten und schlechten Noten oder auch gleich verteilter Missbilligung, die sie über die engagierten Gewaltsubjekte verhängen, ändern am Krieg, seinem Verlauf und Ausgang überhaupt nichts. Sie erreichen die Be- und Verurteilten gar nicht. Sie ändern aber sehr wohl etwas in Bezug auf die Laienrichter selbst: Die halten sogar im Krieg daran fest, dass sie die eigentlichen Auftraggeber und irgendwie maßgeblichen Beurteiler des kriegerischen Handelns der Staatsgewalten seien, die ihresgleichen gerade im großen Stil verbrauchen. Teils machen sie sich so zu Parteigängern einer Seite; auf jeden Fall erarbeiten sie sich mit ihrer ideellen Einmischung in den Krieg einen sehr konstruktiven Standpunkt, mit dem sie richtig und falsch beim Töten und Sterben unterscheiden.

I. Nie ist der Gegensatz von Staat und Mensch so offensichtlich und brutal wie im Krieg – zugleich wird nie so unerbittlich darauf bestanden, dass beide untrennbar eins sind

Worum es im Krieg geht, ist kein Geheimnis. Die politischen Kriegsherren sagen es überdeutlich, man muss ihnen nur zuhören: Der ukrainische Präsident Selenskyj z.B. verteidigt die Souveränität und territoriale Integrität seines Landes gegen einen russischen Angriff und schwört, mit dem Kriegführenden nicht aufzuhören, bis die Russen von jedem Meter ukrainischen Bodens einschließlich der Krim vertrieben sind. Getötet und gestorben wird also dafür, dass die Macht der Regierung in Kiew bis nach Donezk und Sewastopol reicht und keine andere politische Herrschaft die eigene über Land und Leute im beanspruchten Hoheitsgebiet beeinträchtigt und deren Entscheidungsfreiheit einengt. Dieser Rechtsanspruch auf die Reichweite der eigenen Souveränität macht sich nicht davon abhängig, ob die Leute, die auf der Krim oder im Donbass wohnen, lieber Russen oder Ukrainer sein wollen. Sie werden nicht gefragt. Überhaupt rechtfertigt Selenskyj seine Machtansprüche nicht, begründet seinen Ukrainern nicht, warum die Krim unbedingt ins Reich zurückgeholt werden muss und was sie davon haben würden. Die Verkündung des Kriegsziels ist schon dessen Rechtfertigung und für die Bürger ein Imperativ, dem sie nicht auskommen.

Offenbar ist „Ukraine“ der härteste Gegensatz gegen das Leben derer, die für das Ding namens „Ukraine“ den Kopf hinhalten müssen

– und zwar unabhängig davon, ob sie das mit Hurra auf den Lippen tun oder nicht. „Ukraine“ – das *ist nicht* „die ukrainischen Menschen“, sondern die politische Herrschaft, der sie gehorchen. Die da sterben, haben sich ja den Feind nicht selbst ausgesucht, geschweige denn die Mittel zugelegt, mit denen sie ihn unter Einsatz ihres Lebens bekämpfen. Sie sind rekrutiert, uniformiert und ausgerüstet worden innerhalb eines Apparates politischer Macht. Ukraine ist zuallererst ebendieses Verhältnis: die Scheidung zwischen den Inhabern und Funktionären der Staatsmacht und denjenigen, die sie als Basis und Instrument ihrer Macht zum Kämpfen abkommandieren. Dieser Gegensatz wird gegen „ukrainische Menschen“ mit aller Gewalt ausgetragen, sobald einem von ihnen das Leben wichtiger ist als die Reichweite der Macht der Regierung: Leute, die abhauen wollen, werden eingefangen, Deserteure eingesperrt, sogenannte Kollaborateure fallen geheimdienstlichen Attentaten zum Opfer.

Für die Selbstbehauptung ihrer souveränen Macht nimmt die ukrainische Führung außer dem Verheizen ganzer Generationen auch die Zerstörung alles dessen in Kauf, was auf dem nationalen Territorium Lebensbedingung ist, worin und wovon also die ansässige Bevölkerung lebt. Eine an den Feind verlorene Stadt existiert für die Hauptstadt nicht mehr, denn sie hat dort nicht mehr das Sagen; schlimmer noch, sie ist nun Bastion und Ressource des Feindes und wird vom Heimatstaat erst recht in Schutt und Asche gelegt. Leben und Lebensbedingungen der Bevölkerung sind es wert unterzugehen, wenn dadurch nur die Staatsmacht überlebt und sich behauptet. Das klärt die Prioritäten.

Selbstverständlich lässt sich vom russischen Staat und seinen Machtansprüchen dasselbe sagen, was aber überflüssig ist, weil man im Westen all das überhaupt nur, dafür unentwegt beim russischen Staat entdecken will. Freilich fällt auf, dass die atomar bewaffnete Großmacht im Osten ihre Souveränität anspruchsvoller definiert; sie ringt bisher nicht um ihren territorialen Bestand. Aber wenn man das nicht gleich moralisch in „Unrecht“ auflöst, sondern fragt, warum deren Führung diesen Krieg für nötig hält, dann landet man dabei, dass es zur Souveränität eben auch dieser Macht gehört, im Wortsinne eigenmächtig festzulegen, was sich mit der eigenen Unversehrtheit im Verhältnis zu anderen Mächten verträgt und was nicht. Mit einer hochgerüsteten NATO-Ukraine an seiner Westgrenze will sich Russland nicht abfinden; die versteht es als Angriff auf seinen Weltmacht-Status, den es sich vom stetigen Vorrücken des westlichen Militärbündnisses nicht bestreiten lässt. Dafür opfert Russland massenhaft Leute, die auch nicht gefragt werden, was ihnen eine russische Weltmacht wert ist.

Zugleich besteht die politische Herrschaft im Krieg, in dem sie die Menschen, die ihr gehorchen, als Verschleißmaterial ihrer Selbstbehauptung zum Einsatz bringt, auf der unbedingten Identität der Bürger mit ihrem Staat: Alles, was die ukrainische Herrschaft für sich tut und erreicht, tut sie für die ukrainischen Menschen. Jede neue Rakete aus dem Westen, mit der man dem Feind weit hinter den Linien zusetzt, rettet ukrainisches Leben; jede Rückeroberung einer Trümmerwüste, in der kein Mensch leben kann und kaum mehr einer lebt, befreit Ukrainer. Die russische Seite hält es ebenso: Wenn sie die Ukraine zerstört und sich einige von deren Oblasten aneignet, ist das nichts als ein Schutz für die prussische Bevölkerung im Donbass, die „auf uns zählt und die wir nicht im Stich lassen dürfen“ (Putin).

Überall versteht sich die Selbstbehauptung der Staatsmacht gegen einen äußeren Feind als Einlösung eines Schutzversprechens gegenüber den ihr zugehörigen Menschen; ganz besonders in Israel, das sich als Staat überhaupt nur zum Schutz jüdischen Lebens in einer feindlichen Umwelt gegründet und immer weiter ausgedehnt hat. Die Wahrheit dieses Schutzes besteht

darin, dass ein Staat so wie das Territorium, über das er herrscht, auch die darauf wohnenden Menschen als seinen Besitzstand betrachtet und hütet. Eingemeindungsansprüche eines anderen Staates auf diese Population oder Angriffe wie die der Hamas auf seine Bürger erkennt er *als Angriffe auf seine Souveränität*: Die kann er sich nicht gefallen lassen. Dagegen verteidigt er ebendiese Souveränität mit dem Einsatz seines Menschenmaterials. Der Schutz der Bürger, den er sich als Aufgabe zuschreibt, fällt zusammen mit seinem Sieg über den Angreifer – oder auch nicht. Einen anderen Schutz gibt es nicht.

Das totale Ineinsetzen von Staat und den seiner Herrschaft untergeordneten Menschen ist nicht nur eine zynische Propagandalüge, es ist Praxis. Die Obrigkeit erklärt sich nicht nur, sie setzt sich so unbedingt als erste Lebensbedingung ihrer Bevölkerung, dass sie ein Leben außerhalb ihres Kommandos gar nicht kennt und gelten lässt. Dieses Verhältnis nimmt der Staat auch im Frieden den Untertanen gegenüber ein: Sein Gewaltmonopol erzwingt den Gewaltverzicht der Bürger und ist so die unverzichtbare Grundlage ihres kapitalistischen Verkehrs miteinander – erste Lebensbedingung der bürgerlichen Gesellschaft. Im Frieden bestimmt die Staatsmacht mit ihren Gesetzen die Wege und Chancen des individuellen Daseins. Im Krieg, wenn sich der Staat gegen eine konkurrierende Staatsmacht behauptet und dafür das Leben seiner Bürger einsetzt, haben die das als Verteidigung ihrer Lebensbedingungen, ja von sich selbst und ihrer Freiheit zu nehmen: Ohne ihren Staat gibt es kein Leben, weil er keines zulässt.

Es ist eine brutale Ironie, dass die totale Subsumtion des Menschen unter den Staat, die der ihm im Krieg antut, die unwahre Identität glatt subjektiv wahr macht. Der Staat schickt seine Soldaten ins Feuer, setzt seine Zivilisten feindlichen Bombardements aus, sodass deren Überleben tatsächlich am Erfolg der eigenen Truppen hängt. Die feindliche Konfrontation, in die sie von ihrem Staat gestellt werden, erzwingt ihre Identifikation mit ihrer Rolle als Machtressource der Nation. Soldaten treten denen der anderen Seite als genau das gegenüber, was sie selbst sind: komplett auf ihre Staatszugehörigkeit reduzierte Wesen, die einander in dieser und nur in dieser Eigenschaft begegnen und darin füreinander lebensgefährlich sind. Im unpersonlichsten Gegensatz gegen den anderen, den sie nicht kennen und gegen den sie als Mensch nichts haben, müssen sie schneller schießen als der, um ihr eigenes Leben zu retten. Und indem sie tödend um ihr Leben kämpfen, erfüllen sie ihre Funktion als Gewaltinstrument ihrer politischen Herrschaft.

II. Auf diesen Irrsinn des Staatslebens bezieht sich das kritische und unkritische Meinen in Deutschland höchst einfühlsam und konstruktiv. Mit geeigneten Fragen erarbeitet man sich ein Verständnis für die Gemetzelt und den rechten Standpunkt zu ihnen

Konfrontiert mit dem absoluten Gegensatz von Staat und Mensch im Krieg gehen diese Fragen von der unbedingten Identität beider aus, wenn sie zu ermitteln versuchen, wie es zu dem Unfall der Geschichte kommen konnte, oder warum, wenn es einmal so weit ist, eben sein muss, was geschieht.

„Wer hat angefangen?“

Diese Kindergartenfrage gilt erwachsenen Zeitgenossen als gut genug, um sich in der Welt des Imperialismus zu orientieren und mit einer abgebrühten Unterscheidung zwischen Gewalt und Gewalt den Schuldigen am Zusammenstoß von politischen Souveränen herauszufinden. Man stellt sich einen vorgängigen Zustand des Einvernehmens zwischen den höchsten Gewalten vor, Frieden eben, den irgendwann eine der beiden Seiten – „unprovokiert“ darf nicht fehlen – beendet und grundlos durch eine entgegengesetzte, feindliche Positionierung und

Handlung ersetzt.

Beim Krieg in der Ukraine sieht die deutsche Öffentlichkeit klar: Von ihm ist nie anders die Rede als dem „russischen Angriffskrieg“; Russland hat angefangen, ist ins Nachbarland einmarschiert. Nach dem Schema von Aktion und Reaktion ist es allein schuld an diesem Krieg; die Ukraine als unschuldiges Opfer verteidigt sich nur und hat deshalb alles Recht dazu. Aller gegen andere unduldsame Herrschaftswille des politischen Souveräns findet sich allein auf der russischen Seite, die Selbstbehauptung der Souveränität aufseiten der Ukraine ist eine Notwendigkeit und fällt mit dem Schutz ukrainischen Lebens zusammen.

Das sieht jeder so, es sei denn, er hält es mit den Russen. Die setzen den Anfang der Feindseligkeiten anders an, etwa bei den diversen NATO-Osterweiterungen seit 1990 oder der westlichen Aufrüstung der benachbarten ehemaligen Sowjetrepublik. Sie wollen nur der Bedrohung durch ein feindliches „Anti-Russland“ entgegengetreten, einem Angriff zuvorgekommen sein. Auch sie haben nur reagiert.

Die Frage nach dem Anfang, die die Kriegsschuld ermitteln und die Parteinahme für die unschuldige Seite begründen soll, begründet gar nichts. Sie setzt eben die Parteilichkeit voraus, die erst aus ihr folgen soll: Man geht schrittweise zurück in die Vorgeschichte eines Konflikts und hört einfach an dem Zeitpunkt auf, der das Handeln der Seite, die man beschuldigen will, als freie – „willkürliche“ – Aktion erscheinen lässt. Wer die andere Seite beschuldigen will, geht noch weiter zurück oder weniger weit.

Wie verlogen dieses Gerichtsverfahren ist, weiß eigentlich jeder im Fall des Gaza-Krieges, bei dem in Deutschland geradezu ein Tabu herrscht, einen Anfang der Feindseligkeiten vor dem 7. Oktober 2023 zu kennen. Die pure Erwähnung des historischen Kontextes – die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Wohngebieten, ihre immer weitergehende Verdrängung aus dem Westjordanland unter dem 50-jährigen Besatzungsregime usw. – verbitten sich Israel und seine Unterstützer als unstatthafte „Kontextualisierung“, die vom mörderischen Terrorakt ablenkt, die Schuld der Hamas und das Recht Israels zu allem, was es nun tut, nur relativiert. Wenn UN-Generalsekretär Guterres vorsichtig daran erinnert, dass der Anschlag „nicht im luftleeren Raum stattgefunden hat“, attackiert ihn der israelische UN-Vertreter als Antisemiten. Und mit dem Vorwurf der Voreingenommenheit trifft auch er etwas. Denn wo Fakten sowieso nur zur Legitimierung oder Delegitimierung von Kriegsakten angeführt werden, lässt sich auch der überparteiliche höchste Vertreter der Vereinten Nationen die Vorgeschichte nur zu diesem Zweck einfallen.

Insgesamt ist die „Erklärung“ von Gewaltausbrüchen zwischen Staaten (oder auch Mächtegegnern) nach dem Schema von Aktion und Reaktion verkehrt. Nirgends, auch nicht im Nahen Osten, „folgt“ die Gewalt der einen Seite – quasi automatisch – aus der der anderen; auch dort folgt die „Antwort“ aus dem *politischen Programm*, das seine Protagonisten angegriffen sehen und für dessen Aufrechterhaltung alle Gewalt, die sie mobilisieren können, das passende Mittel ist.

Die rechte Parteilichkeit vorausgesetzt, kann das *Räsonnement um die Kriegsschuldfrage* freilich auch ganz anders, nämlich *selbstkritisch* betrieben werden. Das hebelt die Spiegelrecherei um illegitimen Angriff und legitime Selbstverteidigung zwar komplett aus, tut der Selbstgerechtigkeit der eigenen oder der favorisierten Kriegspartei aber überhaupt keinen Abbruch: Neulich kommt DER SPIEGEL mit einer Titelgeschichte des Inhalts heraus, dass der jetzige Ukraine-Krieg schon mit dem NATO-Gipfel 2008 unvermeidlich wurde, weil Merkel damals die Aufnahme der Ukraine ins Bündnis verweigert hatte. Die Russen sehen den heutigen Krieg als Folge davon, dass sie dem ▶

► Westen nicht viel früher Einhalt geboten haben. In Israel gibt es die populäre Auffassung, dass man im Gazastreifen jetzt nicht aufräumen müsste, wenn man 1948 keine halben Sachen gemacht hätte. Palästinenser (Tamim al-Barghouti) führen die jetzige Tragödie darauf zurück, dass sie 1948 den Staat Israel nicht verhindert haben. Der Krieg heute ist nötig, so die Selbstkritik aller Seiten, weil man ihn gestern vermieden hat oder beim Kriegführen nicht weit genug gegangen ist, oder eben, weil man nicht angefangen hat. Immerhin wird so klargestellt, dass die Macht des Feindes mit der eigenen und ihren vitalen Interessen schon seit langem unverträglich ist, von einem einseitigen, einen heilen Frieden brechenden Akt der bösen anderen Seite also keine Rede sein kann.

Mit solcher Aufklärung erarbeitet sich die öffentliche Meinung ein völlig *unkritisches und unobjektives Bewusstsein von der Notwendigkeit des Krieges*. Von der wirklichen, in der Staatsräson ihres Staates liegenden Notwendigkeit des Krieges hat nämlich keine Ahnung, wer angesichts der laufenden Kriege fragt:

„Was hätten sie denn sonst tun sollen als sich verteidigen?“

Hätten Ukrainer, Russen, Israelis, Palästinenser sich den Überfall, die Bedrohung, die Besetzung, die Fremdherrschaft durch den Feind etwa gefallen lassen sollen? Die gar nicht ernst gemeinte Frage nach einer Alternative zum Krieg richtet sich an Landesbewohner, bei denen nichts als ihre Nationalität zählt; sie ruft die gerade im Krieg so absurde Identität von Mensch und Staat ab. Unterscheidet man, wird der Unsinn der Frage nach der sowieso nicht existenten Alternative deutlich: Fragt man Putin, Selenskyj, Netanjahu etc., ist die Frage längst beantwortet. Sie suchen keine Alternative, ihnen fehlt auch keine, sie wissen sich nichts Höheres als die Selbstbehauptung der Souveränität ihrer Macht nach außen und innen; die betreiben sie mit aller Konsequenz. Damit ist die Frage, an die normalen Russen, Ukrainer usw. gestellt, auch schon beantwortet: Sie haben keine Alternative – und zwar aus einem ganz anderen Grund als die obige Frage nahelegt. Sie entscheiden nämlich nichts; Krieg wird ihnen angeordnet, sie werden eingezogen, und wer abhaut oder sich verweigert, wird eingesperrt. Der alte Spruch der Friedensbewegung – „*Stell dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!*“ – ist eben ein blöder Wunschtraum: Der Krieg kommt dann schon zu den Menschen in Form von Gestellungsbefehlen zu den einen, in Form von Flächenbombardements zu den anderen.

Gemeint ist die Frage, die keine ist, sondern nur Zustimmung zum Kriegführen einfordert, so, dass die vom Krieg betroffen gemachten Menschen doch eigene gute Gründe haben, zu wollen, was sie von Staats wegen sowieso müssen: Die Palästinenser in Gaza und der Westbank brauchen, heißt es, einen Staat, der sie beschützen kann vor dem, was die Siedler und Israels Armee ihnen antun und der israelische Staat – nicht mehr nur dessen ganz radikaler Flügel – demnächst noch alles machen wird. Erst recht brauchen die Juden eine wehrhafte Heimstatt, die sie vor dem Judenhass in anderen Ländern schützt; die Ukrainer können nur in einem ukrainischen Staat frei sein – und so fort. In der Tat, *der Staat schützt sein Volk durch eigene Herrschaft über es – vor fremder*, die er aus seinem Bereich mit aller Gewalt fernhält. Dafür benutzt er seine Menschen als Machtressource, gefährdet also ihr Leben, indem er sie für seine Konfrontation mit konkurrierenden politischen Souveränen instrumentalisiert.

Das Überzeugende der obigen Scheinfrage kommt daher, dass es auch in dieser Hinsicht für die heutige Menschheit keine Alternative gibt: Ohne politische Herrschaft leben, das gibt es erstens nicht auf diesem zwischen lauter politischen Souveränen aufgeteilten Globus, und zweitens ist die Rolle des Staatenlosen in einer Welt von Staaten erst recht trostlos: Die Palästinenser als Angehörige eines *Volkes ohne Staat* werden von der Staatsmacht, in deren Reichweite sie hausen, als Fremdvolk ausgegrenzt, kriegen deren Gewalt und Herrschaft zu spü-

ren, ohne von ihr als Teil ihrer Basis und insofern als berechnete Bürger anerkannt zu sein. Dass das ein Unglück ist, macht die Perspektive einer „eigenen“ Souveränität noch lange nicht zu einem Glück. Auch nicht vergleichsweise. Davon zeugt ja das Leben im Reich der Hamas, die in aller Unterlegenheit gegenüber Israel ihre Basis als Rekrutierungsfeld und Deckung für ihren Kampf um den eigenen Staat in Anspruch nimmt und opfert. Apropos Opfer.

„Schaut euch die bestialische Mordaktion der Hamas, Butscha, den Fleischwolf von Bachmut an!“ – Die Opfer des Krieges sind der beste Grund für ihn

Objektiv sind die Kriegsoffer beider Seiten Dokumente des absoluten Gegensatzes der Landesbewohner zu den Staatsgewalten, die sie für ihre Konfrontation miteinander antreten lassen und verheizen. Für die staatsbürgerliche Orientierung im Krieg des eigenen oder verbündeten Staates sind sie das Gegenteil: An den Opfern, die der Feind schafft, erkennen Interessierte dessen bösartige, menschenfeindliche Natur. Kriegsoffer sprechen dann nicht gegen Krieg, sondern gegen den Krieg des Feindes und für das Recht, ja die Pflicht der eigenen oder der favorisierten Seite, ihren Krieg gegen den Feind, der so viel Tod bringt, zu führen und zu gewinnen.

Der parteiliche Blick lässt sich nicht davon irritieren, dass da Opfer *im Krieg* zum guten Grund für ihn herangezogen werden, sie also der wirkliche Grund für Feindschaft und Krieg, die ihm eben vorhergehen, nicht sein können. Die mit Bildern und Zahlen geführte Demonstration, dass der Feind den Krieg verdient, den die eigene Seite gegen ihn führt, ist so schön und für die richtig eingestellten Leute so überzeugend, dass ihnen gar nicht genug verstümmelte Soldaten, ausgebombte Dörfler und – vor allem – tote Babys für immer denselben Schluss auf die Menschenverachtung des Feindes präsentiert werden können. Das tägliche TV-Angebot zur Opferbeschau ist riesig; manche Bilder sind angeblich für die hartgesottenen Mitleidenden vor den Bildschirmen so unerträglich, dass man sie ihnen nur verpixelt zeigen kann, dafür aber 100-mal. Der verlogene Humanismus der Meinungsmacher und die lenkbare Empathie der Zuschauer sind dabei durchaus zu Unterscheidungen fähig: Das Mitgefühl gilt zuerst „unschuldigen Zivilisten“, vorzugsweise Frauen, nicht wehrfähigen Alten und, wie gesagt, Kindern; tote Kombattanten der eigenen Seite sind natürlich auch zu bedauern, für die Verfehlung des Feindes aber schon weniger geeignet, weil sie als zwangsweise rekrutierte Täter nicht bloß Opfer sind.

Damit sich der Konsument der Kriegsberichterstattung nicht vertut, müssen die Profis, die das Opfer-Argument inszenieren, wissen, wo die *Trennung und Entgegensetzung* von Staat und Mensch, die ja überhaupt nicht unbekannt ist, wo die *Identifikation* beider und in welcher Abfolge der Wechsel dazwischen stattzufinden hat.

Die Attacke der Hamas im Süden Israels hat sich gegen tanzende, betende, ihren Alltag verrichtende Menschen – ohne nationales Prädikat – gerichtet: „*Sie mussten sterben, nur weil sie Juden waren.*“ Obwohl es alle besser wissen und man niemandem damit etwas Neues sagt, gilt hier nicht, dass die Hamas ihren Krieg um einen eigenen Staat gegen den Staat Israel führt, der eine palästinensische Souveränität auf keinen Fall zulässt. Die Menschen in Israels Grenzregion kommen tatsächlich ins Visier der islamistischen Kämpfer nicht als Menschen und auch nicht wegen ihrer Beziehung zu ihrem besonderen Gott, sondern als Elementarteilchen und Repräsentanten der israelischen Nation – ob sie das nun bewusst sein wollen oder nicht. Auch der Feind tut ihnen die Abstraktion an, die ihnen der eigene Staat antut: Sie sind seine menschliche Basis, Quelle seiner Macht – und deswegen Objekt feindlicher Gewalt. Kaum ist die Menschenfeindlichkeit der Hamas gegen das pure Leben festgestellt, sind deren Opfer nicht mehr abstrakte Menschen, sondern Israelis, Besitzstand und Schutzobjekt ihres Staates.

Der kann sich diesen Übergriff auf sich nicht bieten lassen, setzt nun seine Hoheit über Gaza kriegerisch durch und liquidiert nach eigener Bekundung die Hamas samt allen ihren Aktiven. Dieser Kriegsakt soll – nun wiederum umgekehrt und unbeschadet dessen, dass er den Tod israelischer Geiseln in der Hand der Hamas sowie einer unbekanntem Zahl eigener Soldaten bewirkt – nichts anderes sein als die Rettung jüdischen Lebens.

Dass die Gegenseite die Sache mit gleichem Recht und zehnmal so vielen Toten genauso sieht – nur umgekehrt, irritiert in Israel und seinen Partnerländern selbstverständlich niemanden: Sie lügt eben. Bei den Opfern, die der eigene Krieg auf der Seite des Feindes schafft, liegen die Dinge nämlich anders. Wenn man sie – wie im Fall des Massensterbens in Gaza – nicht übergeht, erinnert man sich zur Abwechslung an die Wahrheit, dass die Bevölkerung im Krieg von ihrer Herrschaft als Machtbasis und Machtmittel instrumentalisiert wird, und macht dem Feind das als seine Menschenverachtung zum Vorwurf: Die Toten in Gaza, die israelische Bomben und Granaten schaffen, „*gehen alleine aufs Konto der Hamas*“ (Netanjahu). In ihrem Fall ist die Benutzung der Bevölkerung für die Kriegführung Missbrauch – als „menschliche Schutzschilde“. Die eigenen Leute solchen Gefahren auszusetzen, ist ein Verbrechen. Natürlich lassen sich die Humanisten in der israelischen Militärführung von solchen moralischen Fallen nicht beeindrucken, bei ihrer Aufräumaktion von menschlichen Schutzschilden nicht im Ernst behindern.

Damit ist das Thema der letzten Prüffrage angeschlagen, mit der das rechte Verständnis in Kriegsdingen zu bilden ist:

„Vertritt der Kriegsherr wirklich das Volk – oder missbraucht er es für eigene Machtambitionen?“

Der unbedingte Gegensatz von Staat und Mensch ist in dieser Welt von Staaten alles andere als unbekannt. Man muss nur wissen, wo er hingehört. Er gehört zum Feind. Ihm bestreitet man das unwahre „Wir“, das auf der eigenen Seite im Krieg unbedingt hochgehalten wird. Die Selbstbehauptung seiner Staatsmacht ist kein echter Staatsauftrag und kein Volksbedürfnis, sondern die egomanische, eventuell großwahnsinnige Ambition eines, nun auch so genannten, „Herrschers“.

Diese Unterscheidung definiert auch die Rolle der menschlichen Machtinstrumente, die im Krieg zum Einsatz kommen. Die an die Front beorderten Soldaten, deren Lebenserwartung gegen Null geht, werden im Fall der befreundeten und mit Waffen ausgestaffierten Ukraine *als Subjekte des Krieges hofiert*: Sie verteidigen sich und, wenn sie sterben, sind sie nicht, sondern *bringen ein Opfer* für ihr Volk und seine Zukunft. Sie sind *Helden*. Dieselben Soldaten auf der anderen Seite, die in derselben Lage dasselbe tun, sind *Kanonenfutter*, sie sterben sinnlos, verteidigen kein „Wir“, sondern sind missbrauchte Opfer eines grundlosen, persönlichen Machtwillens. Und wenn Putin Orden verleiht und Heldengedenktage ausrichtet, durchschaut jeder den Zynismus.

*

Krieg, der nicht die Normalität des Verkehrs zwischen den Staaten ist, aber immer wieder droht und manchmal ausgefochten wird, zeugt von der brutalen, zugleich unabdingbaren Grundlage allen Staatslebens: Die Selbstbehauptung des staatlichen Gewaltmonopols nach innen und außen ist die erste Existenzbedingung des Staates; er definiert die Reichweite seiner Macht und verschafft ihr Anerkennung nur in einer Gewaltkonkurrenz gegen seinesgleichen. Diese Selbstbehauptung macht er zur Lebensbedingung der Bürger, für die sie geradezustehen haben.

Der Illusion, im zivilen Deutschland könnte es sich nach einem Dreivierteljahrhundert Frieden anders verhalten, hier wäre womöglich gar der Staat für die Menschen da und nicht umgekehrt – der brauchen wir nicht mehr entge-

genzuarbeiten. Das machen die Politiker und ihre publizistischen Sprachrohre schon selbst – und zwar mit einem Eifer und einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig lassen. Der Verteidigungsminister wählt extra das Wort „Kriegsfähigkeit“, die das Land in wenigen Jahren erreichen müsse. Eine Journalistenrunde bei Maischberger (ARD, 14.11.23) applaudiert: Endlich macht sich ein Politiker ehrlich und schenkt dem Volk reinen Wein ein; längst schon hätte ausgesprochen werden müssen, dass das Töten und Sterben zum Staatsleben dazugehört – wörtlich so gesagt. Munter fasst ein Teilnehmer ins Auge, dass die Wehrpflicht wieder eingeführt werden muss, ein anderer, dass wir nun auch Atomwaffen brauchen, weil die amerikanische Schutzmacht absehbar ausfallen wird. Zusammen sind sie sich einig, dass „wir“ jetzt auch einen Veteranentag brauchen und Gott sei Dank kriegen. Auch dass wir alle ärmer werden müssen, ist Konsens unter den Meinungsprofis, die damit nicht sich selbst meinen. Der Reichtum wird nächstens nämlich für die Rüstung gebraucht. Für den Krieg in der Ukraine zahlen die Deutschen jetzt schon viele Milliarden, und die reichen den anwesenden Journalisten noch lange nicht. Wofür das alles nötig ist, trägt Außenministerin Baerbock bei: für „unser Europa von Lissabon bis Luhansk“, das in dem von ihm beanspruchten Machtbereich keinerlei russischen Einfluss duldet, Sicherheit für sich also nur findet, wenn es sich aussichtsreich und autonom einen Krieg mit Russland zutrauen kann. Für die so definierte „europäische Souveränität“ macht Deutschland, das sich immer offener als Zentralmacht dieses imperialistischen Gebildes bezeichnet und die militärische Hauptrolle in ihm spielen will, Leben und Lebensbedingungen seiner 80 Millionen haftbar.

Aus aktuellem Anlass empfiehlt **farbeROT** die Dossiers des GEGENSTANDPUNKT-Verlags

Abweichende Meinungen zum Israel-Gaza-Krieg

gegenstandspunkt.com/israel-gaza-krieg



Abweichende Meinungen zum Krieg in der Ukraine

Mitten in unserem schönen Europa mit seiner wunderbaren Friedensordnung auf einmal wieder Krieg? Wie konnte es bloß dazu kommen? Ja, wie nur? *Auf einmal*, mitten im schönsten Frieden, ist da jedenfalls nicht ein Krieg ausgebrochen. Er ist auch nicht *aus unerfindlichen Gründen* von irgendeinem durchgeknallten russischen Autokraten vom Zaun gebrochen worden. Auch in dem Fall gilt: Die Gründe für den Krieg werden im Frieden geschaffen. Von Staaten, die es in ihrem Verkehr untereinander wieder einmal so weit gebracht haben, dass sie meinen, sich wechselseitig eine vernichtende Niederlage beibringen zu müssen. Im vorliegenden Fall sind die Gründe lange herangereift. Und dass es nun in der Ukraine losgeht, ist auch kein Zufall.

Wir verweisen an dieser Stelle auf die diversen Aufsätze, die bislang in unserer Zeitschrift zur Osterweiterung der EU, der NATO, dem Krieg in der und um die Ukraine sowie zur Entmachtung Russlands erschienen sind. Einschlägige Aufsätze aus der Zeit seit dem Umsturz in der Ukraine 2014 bis zum aktuellen Krieg und seinen Gründen finden sich in diesem Dossier.

gegenstandspunkt.com/krieg-ukraine

